

SITZUNG

Sitzungstag:

19.12.2012

Sitzungsort:

Kusel

Namen der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

Niederschriftführer

KOVR Manfred Drumm	
--------------------	--

SPD

Rudi Agne	
Matthias Bachmann	
Karl-Heinz Becker	
Detlef Bojak	
Frieder Haag	
Jürgen Kreisler	
Dr. Oliver Kusch	
Ute Lauer	
Axel Müller	
Klaus Müller	
Erwin Reiber	
Andrea Schneider	
Anni Schummel	
Friedrich Wunn	

CDU

Xaver Jung	
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Karl Marchetti	
Dr. Leo Reiser	
Rosemarie Saalfeld	
Dr. Stefan Spitzer	

FWG

Rüdiger Becker	
Hans Harth	
Martin Pfeiffer	
Helmut Weyrich	

Bündnis 90/ Die Grünen

Patricia Altherr	
Dr. Wolfgang Frey	
Andreas Hartenfels	

Wählergruppe Jung Egbert

Egbert Jung	TOP 8 bis 11 entschuldigt
Heinrich Steinhauer	

FDP

Katharina Büdel	
Peter Matzenbacher	

Die Linke

Robert Drumm	
--------------	--

Kreisbeigeordnete

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	
Kreisbeigeordneter Otto Rubly	
Kreisbeigeordneter Gerhard Kirch	

Verwaltung

Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
KVD Ulrike Nagel	
KAM Marc Wolf	

Abwesend:

SPD

Siegmar Leixner	entschuldigt
-----------------	--------------

CDU

Toni Guhmann	entschuldigt
Josef Weis	entschuldigt

Die Linke

Martin Trapp	entschuldigt
--------------	--------------

Tagesordnung

**der Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 19.12.2012, um 15:00 Uhr,
im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG), Gartenstraße 4, in
Kusel**

A) Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Landesbetriebes Mobilität Kaiserslautern über die Fortschreibung der Zustandsbewertung der Kreisstraßen
3. Vorstellung des Energieberichtes der Kreisverwaltung für das Jahr 2011
4. Bericht über die Arbeit des Wirtschaftsbeirates
5. Jahresabschluss aus dem Bereich Abfallwirtschaft;
hier: Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2011
6. Wirtschaftsplan für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2013
7. Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Jobcenter Landkreis Kusel" für das Wirtschaftsjahr 2013
8. Anträge von Fraktionen des Kreistags;
hier: Verwendung nicht abgerufener Gelder des Bildungs- und Teilhabepaketes (Die Linke)
9. Anfragen von Fraktionen des Kreistags;
hier: Schülerbeförderung nach Freisen (Bündnis 90/Die Grünen)
10. Informationen

B) Nichtöffentlicher Teil

11. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende eröffnete gegen 15.00 Uhr die 4. Kreistagssitzung in diesem Jahr, die 15. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 241. Kreistagssitzung nach dem Kriege.

Nach einleitenden Begrüßungsworten stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Da keine Anträge zur Tagesordnung eingebracht wurden, wurde sodann mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 1	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende erklärte, dass bei der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen eingegangen seien.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 2	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Bericht des Landesbetriebes Mobilität Kaiserslautern über die Fortschreibung der Zustandsbewertung der Kreisstraßen

Der Leiter des Landesbetriebes Mobilität Kaiserslautern, Herr Richard Lutz, stellte die Fortschreibung der Zustandsbewertung der Kreisstraßen im Landkreis Kusel anhand einer Beamer-Präsentation vor. Danach habe man im Jahr 2011 den Zustand der der Kreisstraßen erneut messtechnisch erfasst und diese mit den Messergebnissen im Jahr 2006 verglichen. Nachdem er kurz das Messverfahren und die damit ermittelten Zustandsgrößen erläuterte, ging er auf die Ausgangssituation ein. Wie in der Kreistagssitzung im März 2008 vorgestellt, habe sich bei der Bewertung im Jahr 2006 ergeben, dass große Teile der Kreisstraßen eine Zustandsbewertung von schlechter als 4,5 erhielten, welche als rote Streckenabschnitte gekennzeichnet waren. Die Zustandsbewertung der Kreisstraßen im Jahr 2011 zeige dagegen auf, dass sich der Anteil der Straßen mit einer schlechten Zustandsbewertung deutlich verringert habe und nunmehr ein Großteil der Kreisstraßen eine gute Zustandsbewertung aufweisen. Dennoch gebe es nach wie vor noch einige Straßen mit einer schlechten Bewertung, von denen er anschließend einige beispielhaft aufzählte. Den Schwerpunkt der Straßensanierungen habe in den letzten Jahren aufgrund der erhöhten Förderquote auf den freien Strecken gelegen, so dass künftig vorrangig bei den Ortsdurchfahrten Handlungsbedarf bestehe. Insgesamt könne man jedoch feststellen, dass sich im Vergleich zum Jahr 2006 einiges getan habe. So habe man 13 Ortsdurchfahrten saniert, 4 freie Strecken ausgebaut sowie bei 17 freien Strecken Traglastverstärkungen durchgeführt. Weiterhin verzeichne man 18 Deckenmaßnahmen und 9 Sanierungen von Brückenbauwerken, so dass man in dem genannten Zeitraum 61 Projekte bearbeitet und ca. 43 km ausgebaut habe. Dementsprechend habe man den Anteil der Straßen mit einer schlechten Zustandsbewertung von damals rd. 37 % bzw. rd. 75 km auf rd. 23 % bzw. 47 km verringern und den Anteil der Straßen mit einer guten Zustandsbewertung von rd. 18 % bzw. rd. 37 km auf rd. 33 % bzw. rd. 66 km verbessern können.

Der Vorsitzende dankte Herrn Lutz für seine Berichterstattung. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sei eine funktionierende Infrastruktur unbedingt erforderlich und man wolle deshalb auch weiterhin intensiv das Sanierungsprogramm umsetzen, so der Vorsitzende.

Anschließend beantworteten er und Herr Lutz Fragen der Kreistagsmitglieder, insbesondere zum Sach- bzw. Planungsstand einzelner Kreisstraßen. Zum Schluss ging Herr Lutz auf Anfrage von Herrn Martin Pfeiffer (FWG) ausführlich auf die Problematik ein, dass bei einigen neu sanierten Straßen in letzter Zeit bereits frühzeitig wieder Risse zu beobachten seien und erläuterte die Gründe hierfür. Der LBM sei jedoch bemüht unverzüglich zu reagieren und Gewährleistungsansprüche geltend zu machen bzw. durch geeignete und gleichzeitig günstige Reparaturmaßnahmen größere Schäden zu vermeiden.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Vorstellung des Energieberichtes der Kreisverwaltung für das Jahr 2011

Der Vorsitzende stellte den Energiebericht 2011 vor, der den Mitgliedern des Kreistags vorlag.

Zu Beginn seiner Ausführungen wies er darauf hin, dass im Bericht des Energiebeauftragten ein Fehler enthalten sei, denn die geringeren tatsächlichen Verbräuche, welche zu einer Senkung des CO²-Ausstosses um 16,5 % geführt haben, seien auf das relativ milde Klima im Jahr 2011 und nicht, wie im Text beschrieben, auf einen milden Winter zurück zu führen.

Anschließend zeigte er die Entwicklung der Energieverbräuche anhand einer Beamer-Präsentation auf. Die Übersicht der echten sowie der witterungsbereinigten Verbräuche für Wärme zeige, dass der Wärmeverbrauch gradtagbereinigt von rd. 11,5 Mio. kWh im Jahr 1992 auf rd. 7,9 Mio. kWh im Jahr 2011 und gegenüber dem Vorjahr somit um rd. 1 % gesunken sei. Der echte Verbrauch habe sogar bei lediglich rd. 7 Mio. kWh gelegen. Auch der Elektro- und der Wasserverbrauch seien seit dem ersten Energiebericht im Jahr 1992 deutlich geringer geworden. Schließlich ging er auf die Gründe für die Verbesserungen sowie die Entwicklung der Gesamtkosten ein und wies darauf hin, dass diese zwar gegenüber dem Vorjahr rd. 50.000,- Euro niedriger seien, die Energiekosten jedoch in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Es zeige aber auch, dass die Gesamtkosten wesentlich höher gewesen wären, wenn man in der Vergangenheit nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen hätte.

Anschließend berichtete er, dass die Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH durch die installierten Photovoltaikanlagen im Jahr 2011 1.914.376 kWh Strom produziert und die Produktion somit gegenüber dem Vorjahr um rd. 220.000 kWh gesteigert habe. Der erzeugte Strom entspreche einer jährlichen Stromversorgung von 555 durchschnittlichen Haushalten. Diese regenerative Stromerzeugung werde man künftig auch weiter ausbauen, da die Gesellschaft bislang 10 Gestattungsverträge für den Bau von Windkraftanlagen abschließen konnte.

Im Anschluss beantwortete er Fragen der Mitglieder des Kreistags zum Energiebericht und nahm Anregungen entgegen.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 4	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Bericht über die Arbeit des Wirtschaftsbeirates

Der Vorsitzende berichtete über die Arbeit des Wirtschaftsbeirates im Jahr 2012. Danach habe im Juni diesen Jahres eine Besichtigung der Unteroffizier-Krüger-Kaserne stattgefunden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass der Auftrag für das Konversionsgutachten für den Bundeswehrstandort Kusel Anfang 2013 vergeben werde und auf dieser Grundlage dann die bereits angekündigte Konversionskonferenz stattfinden soll. Von Bedeutung für die zivile Umnutzung des Standorts sei jedoch eine ordentliche Verkehrsanbindung. Die bisherige Zufahrt über Kusel komme dafür jedoch nicht in Frage und der LBM Kaiserslautern untersuche deshalb derzeit bereits eine Anbindung über die Kreisstraße K 22 bei Blaubach. Im Rahmen der angesprochenen Sitzung habe man außerdem die Kooperationsstruktur zwischen der Planungsgemeinschaft Westpfalz mit der Metropolregion Rhein-Neckar vorgestellt bekommen. Zwischenzeitlich habe man mit dem Verein „ZukunftsRegion Westpfalz e.V.“ die Strukturen für die Vertiefung der Kooperation im Bereich der Regionalentwicklung geschaffen und im Januar 2013 soll nunmehr ein entsprechender Kooperationsvertrag mit der Zukunftsinitiative Metropolregion Rhein-Neckar (ZMRN) e.V. geschlossen werden. Des Weiteren wurde in der Sitzung über den Sachstand hinsichtlich der Breitbandinitiative berichtet. Hierzu erklärte er, dass das beauftragte Unternehmen im Ergebnis technisch zwar gut gearbeitet habe, die Organisation und die Kommunikation jedoch zu wünschen übrig gelassen hätten. Schließlich ging er kurz auf die zweite Sitzung in diesem Jahr ein, bei der der Rinderzuchtbetrieb Brassel in Albessen und die Schaukäserei Bruch in Herchweiler besichtigt wurden.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39
		davon anwesend: 34
TOP: 5	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis
		Dafür Dagegen Enthaltung
		34 0 0

**Jahresabschluss aus dem Bereich Abfallwirtschaft;
hier: Feststellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2011**

Gemäß § 57 LKO i. V. m. § 86 Abs. 2 GemO ist die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kusel nach den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) zu verwalten.

Dies bedeutet, dass die Bestimmungen des zweiten Abschnittes der EigAnVO über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen anzuwenden sind. Hiernach hat die Rechnungslegung der Abfallentsorgung nach den Grundsätzen der doppelten kaufmännischen Buchführung zu erfolgen.

Der Abschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 wurde von der Verwaltung entsprechend der §§ 22 bis 27 EigAnVO erstellt und von der Mittelrheinischen Treuhand GmbH geprüft. Der nach den kommunalrechtlichen Vorschriften vorgesehene Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Das Wirtschaftsjahr 2011 wurde mit folgender Bilanzsumme abgeschlossen:

Aktiva: 20.894.715,34 €
Passiva: 20.894.715,34 €

Das Jahresergebnis war gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen beeinflusst durch:

- Steigerung der Umsatzerlöse um rd. 315 T€, da zusätzliche Materialien (insbesondere asbesthaltige Baustoffe und Flugasche) akquiriert werden konnten.
- Erlöse aus Altholz und Metallschrott erhöhten sich per Saldo um rd. 58.T€
- Aufwendungen für Material- und Stoffverbrauch nahmen einkaufsbedingt um rd. 49 T€ ab (Abbau von Lagerbeständen bei Wertstoffsäcken zur Sammlung von Papier, Pappe, Kartonaugen)
- Verringerung der Aufwendungen für Transport und Entsorgung von Abfällen auf Grund geringerer Mengen bei einzelnen Abfallfraktionen (insgesamt rd. 131 T€)
- Reduzierung der Kosten für die Entsorgung von Sickerwasser (rd.187 T€) wegen geringerer Niederschlagsmengen bzw. der Abdichtung eines Teilbereichs des Deponieabschnittes I im Jahr 2011
- Verringerung der Zinsaufwendungen gegenüber Kreditinstituten (rd. 120 T€) auf Grund eines geringeren Kreditvolumens bzw. günstigeren Zinssätzen
- höhere Aufwendungen für die Unterhaltung der Deponie (rd. 57 T€) wegen der Abdichtung eines Teilbereiches des Deponieabschnittes I
- erhöhte Mietaufwendungen (rd. 123 T€) wegen der Anmietung einer Gasfackel zur Verbrennung von Deponiegasen, einer Schlackeaufbereitungsanlage sowie eines Ersatzfahrzeuges für einen ausgefallenen Radlader auf der Deponie Schneeweiderhof
- höhere mengenabhängige Abschreibungen auf Grund der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Einbaumengen (rd. 141T€)

Danach ergibt sich ein **Jahresgewinn** in der Gewinn- und Verlustrechnung von

1.174.429,48 €

Entsprechend der LVO über die Prüfung kommunaler Einrichtungen vom 22.07.1991 fand in der Sitzung des Kreisausschusses am 10.12.2012 eine Schlussbesprechung statt, zu der auch der Rechnungshof eingeladen wurde.

Der Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht lagen den Mitgliedern des Kreistags vor.

Der Jahresabschluss wurde gemeinsam mit dem Wirtschaftsplan der Abfallentsorgungseinrichtung (vgl. TOP 6) behandelt und anschließend getrennt über die Beschlussvorschläge abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag stellt gemäß § 27 Abs. II EigAnVO

- a) den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 der Einrichtung "Abfallentsorgung" wie vorgelegt mit der Bilanzsumme

Aktiva:	20.894.715,34 €
Passiva:	20.894.715,34 €

und den Jahresgewinn in Höhe von **1.174.429,48 €**

fest.

- b) Der Jahresgewinn in Höhe von **1.174.429,48 €** sowie der zum 31.12.2011 bilanzierte Gewinnvortrag in Höhe von 548.810,80 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Da die Feststellung des Jahresabschlusses auch die Entlastung bezüglich der Jahresrechnung einschließt, nahm der Vorsitzende an der Abstimmung nicht teil. Die Abstimmung wurde vom Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Jürgen Conrad, durchgeführt.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39
		davon anwesend: 35
TOP: 6	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis
		Dafür Dagegen Enthaltung
		35 0 0

Wirtschaftsplan für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2013

Den Mitgliedern des Kreistags lag der Entwurf des Wirtschaftsplans für die Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2013 vor.

Im Zusammenhang mit den Erläuterungen der wesentlichen Änderungen des Wirtschaftsplans 2013 gegenüber dem Vorjahr wies der Vorsitzende darauf hin, dass die Realisierung des Deponieabschnittes III nach wie vor fraglich sei und man die Abschreibungsmethode bereits von einer mengenmäßigen auf eine zeitraumbezogene Abschreibung umgestellt habe. Nunmehr solle eine Restnutzungsdauer von 30 statt 50 Jahren zugrunde gelegt werden, nachdem die Ablagerungsmengen deutlich gestiegen und eine längere Restnutzungsdauer mit Risiken verbunden sei. Nachfolgende Generationen hätten dann gleichwohl die Option, den III Deponieabschnitt dennoch zu realisieren. Insbesondere wies er außerdem darauf hin, dass im Vermögensplan ein Liquiditätsüberschuss von rd. 960.000,- Euro geplant sei, welcher möglichst für Sondertilgungen eingesetzt werden solle.

Herr Klaus Müller (SPD) lobte die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der Abfallentsorgungseinrichtung und stellte heraus, dass man die Eigenkapitalquote mittlerweile auf 13,5 % im Jahr 2011 erhöhen konnte. Trotz dem angesprochenen erhöhten Abschreibungsbetrag in Höhe von ca. 250.000,- Euro könne man einen Gewinn ausweisen und dies zeige, dass die Entscheidung, die Zusammenarbeit mit dem ZAK zu beenden, richtig gewesen sei. Die SPD-Fraktion werde dem Jahresabschluss 2011 und dem Wirtschaftsplan 2012 selbstverständlich zustimmen.

Anschließend beantwortete der Vorsitzende Fragen der Kreistagsmitglieder und nahm Anregungen, insbesondere zur Abfuhr auf Abruf, entgegen. Auf Anfrage von Frau Katharina Büdel (FDP) erklärte er hinsichtlich der Verwendung der Jahresgewinne, dass man in Absprache mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zunächst die Eigenkapitalausstattung weiter verbessern wolle, statt kurzfristig die Benutzungsgebühren zu senken.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, wie von der Verwaltung vorgelegt, den Entwurf zum Wirtschaftsplan über die Abfallentsorgung.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 35		
TOP: 7	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 35	Dagegen 0	Enthaltung 0

Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Jobcenter Landkreis Kusel" für das Wirtschaftsjahr 2013

Der Entwurf des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ für das Wirtschaftsjahr 2013 lag den Mitgliedern des Kreistags vor.

Bevor der Vorsitzende auf den Wirtschaftsplan 2013 einging, hob er die gute Leistung des Eigenbetriebes bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen hervor, was sich in dem geringen Anteil von 2,1 % an Arbeitslosen aus dem Rechtskreis SGB II an der Arbeitslosenquote im Landkreis Kusel von 5,0 % im November 2012 widerspiegeln.

Im Rahmen seiner Erläuterungen zum Wirtschaftsplan wies er darauf hin, dass sich der Personalaufwand um rd. 250.000,- Euro erhöht habe. Die Position „Leistungen für Eingliederung in Arbeit“ weise einen rd. 1 Mio. Euro geringeren Ansatz aus, da die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nicht mehr im Wirtschaftsplan ausgewiesen werden und die Zuteilung seitens des Bundes geringer sei. Die Aufwendungen für die Leistungsgewährung würden im Vergleich zum Vorjahresansatz um rd. 4 Mio. Euro auf 21,2 Mio. Euro steigen, wovon rd. 7,5 Mio. Euro für Zuwendungen für Kosten der Unterkunft (KdU) vorgesehen seien.

Nachdem der Vorsitzende darauf hinwies, dass der Werkausschuss dem Kreistag die Beschlussempfehlung ausgesprochen habe, dem Wirtschaftsplan zuzustimmen und keine weiteren Fragen seitens der Mitglieder des Kreistags vorlagen, wurde über den Entwurf des Wirtschaftsplans, wie von der Werkleitung aufgestellt, abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Feststellung des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ für das Wirtschaftsjahr 2013.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 34		
TOP: 8	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

**Anträge von Fraktionen des Kreistags;
hier: Verwendung nicht abgerufener Gelder des Bildungs- und Teilhabepaketes
(Die Linke)**

Den Mitgliedern des Kreistags lag der Antrag der Kreistagsfraktion „Die Linke“ vor.

Bevor der Vorsitzende das Wort an der Vorsitzenden der Fraktion übergab, wies er darauf hin, dass er vor dem Hintergrund der Forderung, die für das Bildungs- und Teilhabepaket im Haushalt 2012 zur Verfügung stehenden Mittel weitestgehend auszuschöpfen, den Antrag bereits gerne in der letzten Kreistagssitzung statt kurz vor Jahresende behandelt hätte.

Nachfolgend nahm Herr Robert Drumm zu dem Antrag Stellung. Im Rahmen seiner Stellungnahme ging er zunächst auf den Inhalt des Antwortschreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, welche die Bundestagsfraktion zu ihren Fragen das Bildungs- und Teilhabepaket betreffend, erhalten habe. Dieses Schreiben war den Kreistagsmitgliedern in der Sitzung am 31.10.2012 ausgeteilt. Danach sorgte der Bund in den Jahren 2011 und 2012 über eine um 5,4 % erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für einen finanziellen Ausgleich für Leistungen der Bildung und Teilhabe. Für das Jahr 2013 müsse das Land bis zum 31.03.2013 dem Bundesministerium die Gesamtausgaben des Jahres 2012 mitteilen, um die erhöhte Bundesbeteiligung zu überprüfen. Nach Auffassung seiner Fraktion sei die Bundesbeteiligung für die Jahre 2011 und 2012 als eine Pauschalzuweisung zu sehen, bei der für diesen Zeitraum weder eine Erhöhung, noch eine Reduzierung anstehe. Eine Unabwägbarkeit sei dabei jedoch das Verhalten des Landes. Da die Mittel über die Länder an die Kommunen ausgereicht würden, bestehe die Gefahr, dass das Land die nicht verbrauchten Mittel zurückfordere. Ihm sei bewusst, dass Teile des Kreistages die Situation anderes sehen würden, aber es werde sich nach März 2013 zeigen, welche Auslegung des genannten Schreibens richtig sei.

Der Vorsitzende erklärte, dass beim Landkreis Kusel eine zweigeteilte Zuständigkeit existiere, und zwar sei für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II der Eigenbetrieb „Jobcenter Landkreis Kusel“ und für Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII bzw. BKKG die Abteilung Jugend und Soziales der Kreisverwaltung zuständig. Die Finanzierung der Aufgabe erfolge durch den Bund, die Fachaufsicht führe jedoch das Land und das zuständige Ministerium habe bereits mitgeteilt, dass für das Jahr 2012 eine Abrechnung erfolge. Unabhängig davon sei der Landkreis Kusel bestrebt, die zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, was sich in der Ausgabenquote von 73 % widerspiegele. Man habe schließlich selbst ein Interesse daran, den Betroffenen das Geld zukommen zu lassen, da es der sozialen Integration der Familien diene und in den Kommunen beispielsweise das Vereinsleben stärke. Er schlug deshalb anschließend dem Kreistag vor, Ziffer 1 des Antrags der Kreistagsfraktion „Die Linke“ zuzustimmen. Bezüglich der Ziffern 2 und 3 des Antrags sei der Kreistag eigentlich nicht befugt, über die Verwendung von Bundesmitteln zu beschließen, dennoch schlage er vor, auch hierüber vorvorsorglich abzustimmen und den Antrag abzulehnen.

Auch Herr Klaus Müller (SPD) erklärte, dass man dem Ziel des Antrags, die Mittel in diesem Jahr auszuschöpfen, selbstverständlich folgen könne. Da der Kreistag über die Ziffern 2 und 3 des Antrags eigentlich nicht befinden dürfe bat er um eine getrennte Abstimmung.

Nachdem Herr Drumm dennoch auf eine Abstimmung über alle Punkte des Antrags bestand, wurde zunächst über Ziffer 1 des Antrags und anschließend über die Ziffern 2 und 3 des Antrags gemeinsam abgestimmt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis zu 1): (34 Dafür, 0 Enthaltungen, 0 Dagegen)

1. Der Landrat wird aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die für das Haushaltsjahr 2012 für das Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung gestellten Mittel weitestgehend auszuschöpfen. Über den aktuellen Stand und die eingeleiteten Maßnahmen werden die Kreistagsfraktionen fortlaufend unterrichtet.

Abstimmungsergebnis zu 2) und 3): (4 Dafür, 2 Enthaltungen, 28 Dagegen)

2. Nicht verausgabte Mittel des Jobcenters aus dem Bildungs- und Teilhabepakets im Haushaltsjahr 2012 werden dem Landkreis als Träger der örtlichen Sozialhilfe erstattet. Diese Mittel sind zweckgebunden für Maßnahmen nach dem SGB VIII im Haushalt des Landkreises für das Haushaltsjahr 2013 zu veranschlagen. Näheres hierzu obliegt dem Kreistag im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und deren Anlagen.

3. Der Landrat wird beauftragt, zur Umsetzung des Punkt 1 dieses Beschlusses entsprechende Vereinbarungen mit dem Jobcenter abzuschließen.

Mit den o.g. Abstimmungsergebnissen stimmte der Kreistag Ziffer 1 des Antrags der Kreistagsfraktion „Die Linke“ zu und lehnte Ziffer 2 und Ziffer 3 des Antrags ab.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 34		
TOP: 9	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

**Anfragen von Fraktionen des Kreistags;
hier: Schülerbeförderung nach Freisen (Bündnis 90/Die Grünen)**

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte eine Anfrage zum Thema „Schülerbeförderung nach Freisen“ mit der Bitte um mündliche Beantwortung in der Kreistagssitzung gestellt, welche den Mitgliedern des Kreistags vorlag. Der Vorsitzende beantwortete die Anfrage inhaltlich im Wesentlichen wie folgt:

Frage 1

Trifft es zu, dass Schülerinnen und Schüler der genannten Orte für den Schulweg nach Freisen einen unverhältnismäßig langen Schulweg mit mehrmaligem Umsteigen und Umwegen, teilweise in entgegen gesetzte Richtung, in Kauf nehmen müssen?

Frage 2

Erhöht sich durch diese Umwege und die Zahl der durchfahrenen Waben der Fahrpreis im Verhältnis zu einer möglichen Direktverbindung?

Frage 3

Gibt es Bestrebungen des Kreises bzw. des Verkehrsverbundes diese Situation zu verbessern und Direktverbindungen für die genannten Orte oder eines Teils davon für den Schülertransport zur Verfügung zu stellen?

Nach § 69 Abs. 1 Schulgesetz obliegt es dem Landkreis als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zu den in seinem Gebiet gelegenen Schulen zu sorgen.

Wird eine Schule außerhalb von Rheinland-Pfalz besucht, trägt der Landkreis, in dessen Gebiet die Schülerin oder der Schüler den Wohnsitz hat, lediglich die Beförderungskosten (§ 69 Abs. 1 Satz 3 Schulgesetz). Dies bedeutet, dass in diesen Fällen den Eltern die Beförderungskosten bis zu der Höhe erstattet werden, wie sie bei der Übernahme der notwendigen Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel (Kosten einer Schülerjahresfahrkarte) beim Besuch der nächstgelegenen vergleichbaren Schule entstehen würden.

Die Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis könnten nur dann eine Direktverbindung zur Schule in Freisen nutzen, wenn hierfür eine eigene Linie eingerichtet werden würde. Um alle Schülerinnen und Schüler dieser Schule in einer angemessenen Zeit von Ihren Wohnorten im Landkreis Kusel nach Freisen und nachmittags wieder zurück befördern zu können, müssten hierfür zwei Fahrzeuge eingesetzt werden. Entsprechend einer vorläufigen Kostenkalkulation würden dem Landkreis hierdurch zusätzliche Ausgaben in Höhe von ca. 114.000,- € pro Jahr entstehen. Die sei nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der finanzielle Situation des Landkreises nicht zu leisten und würde auch aufsichtsbehördliche nicht genehmigt werden.

Der Landkreises Kusel ist nicht für die Einrichtung und Finanzierung der Schülerbeförderung zu einer Schule im Saarland zuständig. Würde dennoch außerhalb einer gesetzlichen Verpflichtung eine Schulbuslinie nach Freisen eingerichtet, wäre dies eine freiwillige Leistung. Es gibt keine Bestrebungen des Landkreises eine solche Direktverbindung einzurichten.

Kreistags-Sitzung am 19.12.2012 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 34		
TOP: 10	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Informationen

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreistages über folgende Themen:

- **Klimaschutzkonzeption**

Hierzu informierte er, dass für die Mitglieder des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses eine Informationsveranstaltung am Umwelt-Campus in Birkenfeld zu den Förderangeboten im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative stattgefunden habe. Die Antragsfrist für eine entsprechende Förderung hinsichtlich der Erstellung einer Klimaschutzkonzeption ende am 31.03.2013. Bei der Konzeption sollten nach Möglichkeit auch die Verbandsgemeinden eingebunden werden. In diesem Zusammenhang sprach er auch die Pläne hinsichtlich einer Zusammenarbeit der westpfälzischen Landkreise bei der Entwicklung kommunaler Klimaschutzstrategien an.

- **Potentialanalyse Regenerative Energien**

Anschließend informierte er, dass er in der heutigen Sitzung eigentlich gerne die Ergebnisse der Potentialanalyse für erneuerbare Energien für die Planungsregion Westpfalz und ihre Gemeinden vorgestellt hätte, diese jedoch noch nicht fertig gestellt sei. Nunmehr solle die Vorstellung möglichst in der nächsten Kreistagssitzung stattfinden.

- **Regionalmanagement „Die Zwölf“**

Im Anschluss wies er darauf hin, dass man für die Fortsetzung des Kreisprojekts Demographie bislang keinen Förderbescheid im Rahmen des LEADER-Förderprogramms erhalten habe, da nach wie vor die aufsichtsbehördliche Genehmigung fehle. Sowohl die oberste Landesplanungsbehörde als auch die Planungsgemeinschaft Westpfalz hätten positive Stellungnahmen zu dem Projekt abgegeben, welche auch der Kommunalaufsicht vorliegen. Sobald ein positiver Förderbescheid vorliege, werde mit dem Modellvorhaben begonnen.

- **Resolution Schulsozialarbeit**

Nachfolgend verwies er auf die Antwortschreiben des zuständigen Bundes- sowie des Landesministeriums zur Resolution des Kreistages betreffend die Schulsozialarbeit, welches den Mitgliedern des Kreistags ausgeteilt war.

- **Sitzungstermine**

Schließlich teilte er mit, dass die Kreistagssitzung zur Verabschiedung des Haushalts 2013 am Mittwoch, dem 27.12.2013 im Dorfgemeinschaftshaus in Etschberg stattfinden soll. Die Kreisausschusssitzungen zur Vorberatung des Haushalts seien für den 16.01.2013, den 30.01.2013 sowie den 20.02.2013 jeweils um 09.00 Uhr terminiert.

Die Mitglieder des Kreistags nahmen die vom Vorsitzenden vorgetragenen Informationen zur Kenntnis. Einwände wurde keine erhoben.

Die Sitzung begann um 15:00 Uhr und endete gegen 17:00 Uhr.

Geschlossen:

Der Vorsitzende:
gez.
(Dr. Winfried Hirschberger)
Landrat

Der Schriftführer:
gez.
(Manfred Drumm)
Kreisoberverwaltungsrat